

In den USA mehren sich die Stimmen, die einen beschleunigten US-Truppenabzug aus Europa und Asien und wie US-Verteidigungsminister Gates in seinem Brief ein stärkeres militärisches Engagement der bisherigen Stationierungsländer fordern.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 018/08 – 11.02.08**

Weniger US-Basen im Ausland, weil die Verbündeten stärker geworden sind

THE TAMPA TRIBUNE, 21.01.08

(<http://www2.tbo.com/content/2008/jan/21/na-down-sizing-us-bases-abroad-essential-allies/?news-opinion-editorials>)

Die Vereinigten Staaten haben viel zu viele Truppen in zu vielen Ländern rund um den Globus stationiert. Die (US-)Steuerzahler sind besorgt über die Pläne, diese riesigen Truppenansammlungen für immer in entlegenen, ruhigen Stützpunkten zu belassen.

Als Präsident Bush 2004 ankündigte, er werde in den nächsten zehn Jahren 70.000 Soldaten aus Europa und Asien abziehen, haben wir ihn kritisiert, weil uns das zu lange dauert. Jetzt hat er diesen schleppenden Abzug sogar noch weiter verlangsamt und will 40.000 Soldaten länger in Deutschland und Italien belassen, als ursprünglich beabsichtigt.

Militärische Führer behaupten, große Truppenverbände seien notwendig, um die Verbündeten zu beruhigen. Sie sind auch besorgt, weil die Basen in den USA noch nicht darauf vorbereitet sind, die heimkehrenden Truppen aufzunehmen.

Für unsere nervösen, reichen Freunde und Verbündeten wird es Zeit, selbst einen größeren Anteil der gemeinsam zu tragenden Last zu schultern. Und weil die US-Bauindustrie sich gerade in einer tiefen Rezession befindet, ist genau der richtige Zeitpunkt gekommen, mehr Amerikaner bei der Erweiterung und Verbesserung der lange vernachlässigten Basen im eigenen Land zu beschäftigen.

Militärexperten liegen richtig, wenn sie die Vorteile vorgeschobener Stützpunkte preisen. Militärische Stärke ist unverzichtbar. Aber ökonomische Realitäten wie die verlangsamte Wirtschaftsentwicklung, der fallende Dollarkurs und die wachsende Staatsverschuldung sollten das Militär zu vernünftigen Beschränkungen veranlassen.

Niemand bestreitet, dass die großen Basen in Deutschland notwendige Einrichtungen sind, um fremde Truppen zu trainieren, Verwundete aus dem Irak zu behandeln oder unseren Machtbereich weiter nach Osten auszudehnen. Die Frage ist nur, wie groß ist groß genug?

Nach einer Mitteilung des Pressedienstes der US-Streitkräfte sind gegenwärtig etwa 490.000 US-Soldaten auf verschiedenen Stützpunkten in der ganzen Welt stationiert. Große Kontingente gibt es in Deutschland, Italien, Japan und Süd-Korea. Das sind Länder, die zusammen fast die Wirtschaftskraft der USA erreichen.

Die Europäische Union hat jetzt ein größeres Bruttoinlandsprodukt als wir. Warum sollten die Vereinigten Staaten sich um deren Verteidigung kümmern? Militärische

Vorsorge ist wie jede andere Vorsorge für alle verpflichtend.

Süd-Korea, zum Beispiel, ist eine bedeutende Industriemacht und grenzt an das verarmte kommunistische Nord-Korea. Die größte Zeitung Süd-Koreas hat jüngst in einem Leitartikel die möglichen Bedrohungen aufgezählt: "Auf Anzeichen eines plötzlich nord-koreanischen Überfalls mit weitreichender Artillerie oder 100.000 Soldaten der Special Forces (Spezialkräfte) ist zu achten, Vorbereitungen gegen den Einsatz von biologischen, chemischen oder Atomwaffen müssen getroffen und strategisch wichtige Einrichtungen gegen Raketenangriffe gesichert werden. Alle genannten Aufgaben erfordern ein riesiges Arsenal an militärischer Ausrüstung. Das zu beschaffen, wird sehr viel Geld kosten."

Es muss auch darüber gesprochen werden, dass unsere Verbündeten für das Geld, das sie bei ihrer Verteidigung sparen, Autobahnen und Schulen bauen oder ihr Renten- und Gesundheitssystem unterstützen können.

Die Vereinigten Staaten könnten ihr Geld auch für diese Zwecke ausgeben, haben sich aber bei den gleichen Nationen, die sie auf ihre Kosten verteidigen, hoch verschulden müssen.

Amerika muss auch weiterhin die stärkste Militärmacht sein, und die US-Streitkräfte müssen schlagkräftig und mobil bleiben. Zur Verteidigung unserer Nation brauchen wir einige Basen im Ausland, und nicht alle Soldaten können nach Hause zurückkehren. Aber viele Tausende können es, und sie sollten es besser früher als später tun.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir für unser Englisch sprechenden Leser den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

THE TAMPA TRIBUNE ist ganz sicher nicht das meinungsmachende Medium in den USA. Sie erscheint aber in Florida, das mit über 18 Millionen Einwohnern an vierter Stelle der bevölkerungsreichsten US-Staaten steht. Dort leben die meisten der Mittelklasse-Rentner, die durch Firmenzusammenbrüche wie die Enron-Pleite, den immer weiter fallenden Dollarkurs und die noch lange nicht ausgestandene Immobilienkrise in immer größere finanzielle Bedrängnis geraten. Sie wollen, dass die überbordenden Kosten für das US-Militär und seine völkerrechtswidrigen Angriffskriege sinken, damit mehr Dollars für die leeren Rentenkassen und das marode US-Gesundheitssystem übrig bleiben.

Die in dem Artikel vorgeschlagenen Lösungen gehen allerdings von falschen Voraussetzungen aus. Auch während des Kalten Krieges hatten die in Europa und Asien stationierten US-Truppen nicht vorrangig die Hauptstationierungsländer Deutschland, Italien, Japan und Süd-Korea zu schützen. Stellvertreter-Kriege wie in Korea und Vietnam sollten keinesfalls auf das US-Staatsgebiet übergreifen, sondern nach Möglichkeit – auch unter Einsatz von Atomwaffen – auf mitteleuropäischen oder asiatischen Schlachtfeldern ausgefochten werden. Es ging immer nur darum, die USA "möglichst weit vorne" zu verteidigen.

Der Aufenthalt von US-Truppen auf fremden Territorien wird nicht von den USA allein finanziert. Auch die Stationierungsländer wurden und werden durch die bis heute andauernde Requirierung von Gelände, Gebäuden, Verkehrseinrichtungen und Ressourcen und durch die Übernahme sonstiger Stationierungskosten kräftig zur Kasse gebeten. In einem "Fact Sheet" (Datenblatt) der deutschen Botschaft in Washington aus dem Jahr 2001 (s.

<http://www.germany.info/relaunch/info/publications/infocus/bases/value.html>) ist zu lesen , dass die Bundesrepublik damals jährlich nahezu eine Milliarde Dollar zum Unterhalt der US-Basen auf deutschem Boden beigetragen hat. Wegen ständig steigender Kosten dürfte dieser "verlorene deutsche Zuschuss" für die US-Kriegskasse heute wesentlich höher zu veranschlagen sein.

Auch die Forderung, der notleidenden US-Bauwirtschaft durch den beschleunigten Ausbau von Militärstandorten in den USA zu helfen, die zurückkehrende Truppen aufnehmen sollen, lässt sich wegen fehlender Dollars nicht realisieren. Weil die laufenden Kriege in Afghanistan und im Irak zu viele Milliarden verschlingen, können die in den "States" benötigten neuen Kasernen und Familienunterkünfte nicht gebaut werden. Auch deshalb müssen 40.000 US-Soldaten mit ihren Familien länger als beabsichtigt in Deutschland und Italien bleiben (s. LP 219/07 und 237/07).

Die Bush-Administration hat ganz andere Pläne. Um den Unmut der US-Bürger zu ersticken, lässt sie erst einmal mehr Dollars drucken und per "Steuerrückerstattungs-Schecks" unter ihr murrendes Volk streuen. Gleichzeitig erhöht US-Verteidigungsminister Gates den Druck auf die anderen NATO-Staaten, um sie zu einem stärkeren finanziellen und materiellen Engagement in den US-Kriegen um knapper werdende Ressourcen zu drängen. Seine erpresserische Forderungen richten sich vor allem an die Bundesregierung in Berlin.

Im **Brief des Herrn Gates an den deutschen Verteidigungsminister Jung**, der am 31.01.08 im übersetzten Wortlaut von der BILD-Zeitung abgedruckt wurde, wird das "fortgesetzte Versagen einiger Mitglieder der Allianz" und die Unfähigkeit kritisiert, "selbst die minimalen Anforderungen im Hinblick auf die Truppenstellung zu erfüllen". Wörtlich heißt es weiter:

"Die Entscheidung Ihrer Regierung, beide Afghanistan-Mandate trotz starker öffentlicher Kritik zu verlängern, beweist Deutschlands großes Engagement für Afghanistan. Deshalb möchte ich Deutschland bitten, die Anpassung seines ISAF-Mandates in Betracht zu ziehen, um im Herbst die US-Marineinfanteriesoldaten im Regional Command South durch Einsatztruppen zu ersetzen. Der Einsatz von Drehflügel-Luftfahrzeugen und einer Special Operations Task Group im Süden Afghanistans wird es anderen, militärisch weniger robusten Verbündeten ermöglichen, Truppen in den Norden zu verlegen. Dies würde auch die Zielsetzungen unterstützen, auf die wir uns gemeinsam verständigt haben, und wäre ein Beleg für die Solidarität, die unsere politischen Führer in Riga zum Ausdruck brachten."

Hat unsere katzbuckelnde Kanzlerin Merkel ihrem Busenfreund Bush etwa schon versprochen, dass demnächst deutsche Hubschrauber im umkämpften afghanischen Süden mit Soldaten des deutschen Kommandos Spezialkräfte Feuerwehr-Einsätze fliegen, um US-Marines zu schonen? Sind die eiligen Beteuerungen der Herren Steinmeier und Jung, die Bundeswehr werde nur in "Ausnahmefällen" im Süden mitschießen, nur der Versuch, eine längst gegebene Zusage noch einige Zeit vor der alarmierten deutschen Öffentlichkeit zu verbergen? Sollen – wie beim Boxer-Aufstand im Jahr 1900 in China – wieder "Germans to the front" geschickt werden, um diesmal für neokoloniale Gebietsansprüche der USA zu sterben?

Für die US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein ist keine Entlastung in Sicht. Auch in dem Artikel der TAMPA TRIBUNE, werden wichtige Stützpunkte wie die US-Air Base Ramstein oder das US-Hospital in Landstuhl für unverzichtbar gehalten. Abhilfe ist nur zu erwarten, wenn deutsche Soldaten nicht länger an den völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffskriegen beteiligt sind und die Nutzung der US-Basen auf deutschen Boden unter Berufung auf Art. 26 unseres Grundgesetzes für Angriffskriege untersagt wird.

Down-Sizing U.S Bases Abroad Essential As Allies Grow Strong

The Tampa Tribune

Published: January 21, 2008

The United States deploys far too many troops in too many places around the world. More worrisome to taxpayers are its plans to keep huge numbers of troops in distant, quiet outposts forever.

When President Bush announced in 2004 that he was going to bring 70,000 troops home from Europe and Asia over 10 years, we criticized him for taking so long. Now he has slowed the sluggish schedule even further, and plans to leave 40,000 more soldiers in Germany and Italy than previously announced.

Military leaders say high troop levels are needed to reassure our allies. They're also concerned that U.S. bases are not yet ready to house all the returning troops.

As for nervous allies, it's time our wealthy friends shouldered a bit more of the load. And as for housing, with the U.S. construction industry in a major slowdown, now would be a perfect time to put Americans to work expanding and improving U.S. bases long neglected.

Military experts are right about the advantages of forward deployments. There is no substitute for military strength. But economic realities of a slowing economy, falling dollar and rising public debt mean the military should be constrained by sensible limits.

No one disputes that big bases in Germany are good sites to train foreign troops, hospitalize soldiers hurt in Iraq and project power eastward. The question is, how big is big enough?

Currently some 490,000 military service members are serving in various posts around the world, reports the American Forces Press Service. Large contingents are in Germany, Italy, Japan and South Korea, countries that together nearly match the size of the U.S. economy.

The European Union now has a GDP bigger than ours. Why should it look to the United States for its defense? Military welfare, like any welfare, is addictive.

Consider South Korea, a major industrial power bordering the impoverished communist state of North Korea. An editorial in South Korea's largest newspaper recently summarized the security challenges. "... Monitoring signs of a sudden North Korean attack, identifying and striking North Korea's long-range artillery and 100,000 special forces troops, monitoring the movement of nuclear weapons, defending against biological and chemical weapons, and protecting strategic facilities against missile attacks ... Just one of those duties requires huge amounts of military equipment. And a vast amount of capital will be required to buy it."

Unsaid is the reality that the less our allies have to spend on defense, the more they can spend on domestic needs such as highways, schools, retirement benefits and health care. The United States also has unmet domestic needs and has been borrowing heavily from many of the same nations we spend so much to defend.

America must maintain the world's strongest military, and U.S. forces must be hard-hitting and mobile. The nation's defense requires some foreign bases, and not all troops can come home. But many thousands of them can, and sooner rather than later.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern